

politischen Schwierigkeiten des Landes allein nicht mehr fertig wird.

Im islamischen Raum nimmt die Christenverfolgung im Sudan noch immer unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Ob die neue Regierung sich halten kann, die von der Notwendigkeit überzeugt ist, „das Problem des Südens“, d. h. der über vier Millionen Nichtmoslems anderer Rassen, auf andere Weise als durch Gewalt zu lösen, steht dahin. Sicher aber ist, daß keine Regierung auf dem Wege der gewaltsamen Islamisierung fortschreiten kann. Vielleicht kommen dann auch für die gequälten 500 000 Christen, die geflüchtet sind oder praktisch ohne Priester dastehen — im Lande sind nur ein einheimischer Bischof und 35 Priester —, bessere Tage. Möglicherweise kann in den Südprowinzen des Sudan afrikanischer Klerus aus anderen Ländern Afrikas erstmalig zusammen eine verfolgte Kirche wiederaufbauen.

Die schweren Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems, die im Vorjahr von Kaschmir nach Ostpakistan, von dort nach Indien, wieder zurück nach Ostpakistan und schließlich noch einmal nach Indien hinübersprangen, haben u. a. zur Massenflucht von den Moslems terrorisierter Christen Ostpakistans nach Indien geführt. Ihre Zahl geht in die Zehntausende. Sie alle gehören primitiven Stämmen an, die von den Moslems ethnisch, kulturell und religiös völlig verschieden sind. Sie waren verhaßt, weil sie nicht den Islam annehmen wollten, sondern in großer Zahl das Christentum annahmen. Eindeutig muß man diese Menschen als Opfer einer religiösen Verfolgung betrachten. In großen Auffanglagern Indiens gesammelt und von der indischen Regierung sowie von Hilfsorganisationen der beiden großen christlichen Bekenntnisse materiell betreut, wagen sie nicht, nach Pakistan zurückzukehren. Die Erzdiözese Dacca in Pakistan hat durch die Massenflucht die Hälfte ihrer Katholiken verloren.

Die furchtbaren Greuel im Kongo, denen so viele Weiße und Schwarze, darunter zahlreiche Missionskräfte und einheimische Christen, zum Opfer fielen, kann man wegen des vielgestaltigen Charakters der Motive für diese barbarischen Ausschreitungen nicht einfach als Christenverfolgung bezeichnen. Wilde primitive Instinkte waren hier mit Weißenhaß, politischen Phobien und innerpolitischen Auseinandersetzungen vermengt. Zweifellos haben auch kommunistische Einflüsse auf die Bevölkerung mitgespielt. Sicher ist, daß die Mission auch hier einmal wieder unter der Verleumdung leiden mußte, sie sei ein Werkzeug des westlichen Imperialismus. Sehr viele Missionare und Christen wären wahrscheinlich gerettet worden, wenn diese These nicht von kommunistischen Agitatoren verbreitet worden wäre. Subjektiv mußten sich die unglücklichen christlichen Opfer der Unruhen zumeist als Bekenner und Martyrer ihres Glaubens betrachten (vgl. auch dieses Heft, S. 217 f.).

Die Schicksale verfolgter Missionskirchen dürfen uns nicht gleichgültig lassen. Es spielen sich dort oft menschliche und christliche Tragödien ab, von deren Größe wir, die wir in geordneten kirchlichen Verhältnissen leben und die Freiheit des religiösen Bekenntnisses genießen, uns kaum eine Vorstellung machen können. Von den Christen der jungen Kirchen wird oft ein heroisches Bekenntnis des Glaubens verlangt. Sie bedürfen unserer Gebetshilfe in ganz besonderem Maße. Sind sie doch Glieder des einen Mystischen Leibes Christi, die einander unterstützen müssen. Wenn ein Glied leidet, leiden ja alle Glieder (1 Kor. 12, 25 f.). Indem wir geben, empfangen wir auch, denn die Leiden

der Verfolgten nützen der ganzen Kirche, auch jener in der freien Welt, die gerade heute besonderer Gnaden bedarf, um in einer Atmosphäre der Säkularisierung die Wurzeln ihres Seins tiefer in den Boden der Übernatur zu senken.

Man könnte die Frage erheben, ob die Tätigkeit des neu-geschaffenen Sekretariats für die Nichtchristen, das inzwischen dem Weltepiskopat Grundgedanken für seine zukünftige Tätigkeit zur Diskussion übergab, nicht eine Ära des Friedens für den Fortschritt der Kirche in den Missionsländern schaffen könnte. Solche Hoffnungen sind wohl allzu optimistisch, weil bei Kirchenverfolgungen meist nicht nur religiöse Gegensätze eine Rolle spielen. Immerhin ist zu hoffen, daß dieses Sekretariat die Religionen in der Verteidigung der höchsten religiösen und sittlichen Werte der Menschheit zusammenführt und den Mißbrauch der Religion für politische Zwecke erschwert. Wichtiger noch als die Tätigkeit des neuen Sekretariats ist aber, daß die Kirche fortfährt, sich immer stärker in den Kulturboden der Missionsvölker einzusenken und dort wahrhaft einheimisch zu werden.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

| | |
|--|---|
| Die Adveniat-Aktion 1963 der deutschen Katholiken | Das Ergebnis der Adveniat-Kollekte 1963 übertraf mit rund 36 Millionen DM das des Vorjahres um rund neun Millionen DM (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 110). Von 1282 gestellten Anträgen aus 27 latein-amerikanischen Ländern konnten 943 bewilligt werden, 292 Anträge wurden abgelehnt, 55 zurückgestellt. |
| | Das Ziel der Adveniat-Aktion 1963 war: die Bekämpfung von Priesterangel, vor allem durch den Bau von Priesterseminaren; die Bekämpfung von Priesterangel, vor allem durch Leistungen an die Bistümer zur Aufbesserung der Einkünfte der Priester sowie zur Förderung der Pensions- und Krankenkassen für Priester; die Förderung des Einsatzes von Laien in der Seelsorgearbeit; die Förderung der Universitäts- und Akademikerseelsorge; Hilfe in akuter seelsorglicher Not. |
| | Dementsprechend wurden insgesamt 36 089 863,11 DM verteilt, und zwar im einzelnen für folgende Projekte: |
| Für alte und kranke Priester | 1 243 000,— DM |
| Für Priesterausbildung und Seminare | 14 368 500,— DM |
| Für den Einsatz von Laien | 4 759 200,— DM |
| Für neue Zentren der Studentenseelsorge an Staatsuniversitäten | 2 120 000,— DM |
| Für Wiederherstellung verfallender Kirchen | 2 088 500,— DM |
| Für Pfarrschulen und Gemeindezentren | 2 039 500,— DM |
| Für Motorisierung der Seelsorge: Jeeps, Kapellenwagen, Motorboote usw. | 1 909 000,— DM |
| Für zeitgemäße Verkündigung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen | 1 578 000,— DM |
| Für unmittelbare Seelsorgehilfe durch deutsche Diözesen | 5 150 190,— DM |
| Für Administration und Werbung | 813 973,11 DM |
| Für Projekte in Bearbeitung | 20 000,— DM |

Die Aufschlüsselung nach Ländern zeigt die folgende Tabelle:

| Land | gestellte Anträge | abgelehnte Anträge | zurückgez. Anträge | bewilligte Anträge | ausgezählte Beträge |
|--|-------------------|--------------------|--------------------|--------------------|---------------------|
| Argentinien | 191 | 45 | 1 | 145 | 2743 200 |
| Bolivien | 34 | 9 | 1 | 24 | 430 000 |
| Brasilien | 666 | 139 | 39 | 488 | 11 183 200 |
| Brit. Caribbean | 2 | — | — | 2 | 70 000 |
| Brit. Guayana | 2 | — | — | 2 | 40 000 |
| Chile | 54 | 15 | — | 39 | 1739 000 |
| Curacao | 1 | 1 | — | — | — |
| Costa Rica | 6 | 2 | — | 4 | 131 000 |
| Dominikanische Republik | 6 | 1 | 1 | 4 | 75 600 |
| Ecuador | 27 | 7 | — | 20 | 1 022 000 |
| El Salvador | 5 | 2 | — | 3 | 190 000 |
| Guatemala | 7 | — | — | 7 | 291 000 |
| Haiti | 8 | 4 | — | 4 | 27 000 |
| Holl. Guayana | 1 | — | — | 1 | 50 000 |
| Honduras | 8 | 3 | — | 5 | 195 000 |
| Jamaika | 1 | — | — | 1 | 50 000 |
| Kolumbien | 35 | 3 | 1 | 31 | 1 895 000 |
| Kuba | 2 | 1 | — | 1 | 70 000 |
| Martinique | 1 | — | — | 1 | 5 000 |
| Mexiko | 39 | 4 | 5 | 30 | 1 600 000 |
| Nikaragua | 10 | 3 | — | 7 | 195 000 |
| Panama | 6 | — | — | 6 | 371 000 |
| Paraguay | 34 | 9 | — | 25 | 638 500 |
| Peru | 55 | 17 | 2 | 36 | 1 659 000 |
| Puerto Rico | 2 | 1 | — | 1 | 15 000 |
| Uruguay | 28 | 3 | — | 25 | 665 000 |
| Venezuela | 7 | 2 | 2 | 3 | 85 000 |
| Sonstiges (Priesterausbildung für Lateinamerika in europäischen Seminaren) | 44 | 13 | 3 | 28 | 2 486 400 |
| | 1282 | 292 | 55 | 943 | 27 921 900 |

In dem Differenzbetrag zur Gesamtsumme sind enthalten: die direkte Hilfe durch deutsche Diözesen; übernationale Hilfsmaßnahmen (z. B. Sozialwerk für alte und kranke Priester; Studentenseelsorge); Hilfe zum Einsatz der Massenkommunikationsmittel; Administration und Werbung.

Zehn Jahre „Gemeinschaft zum Schutze der Ungeborenen“ in Österreich: 2600 Kinder blieben am Leben

Der Verein „Rettet das Leben — Gemeinschaft zum Schutze der Ungeborenen“ und die SOS-Gemeinschaft in Wien berichteten im November 1964 anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens über ihre Tätigkeit und weitere Pläne.

Ihr großer Erfolg ist die Rettung von 2600 Kindern, deren Mütter schon entschlossen waren oder zumindest daran dachten, das Kind abtreiben zu lassen.

Um die öffentliche Meinung gegen die Abtreibungsseuche zu beeinflussen, hat der Verein während dieser Jahre eine sehr große Zahl von Vorträgen, auch im großen Rahmen der Wiener Universität, und Diskussionsabende veranstaltet, sich in Presse und Rundfunk eingeschaltet, Broschüren verschickt, u. a. an Ärzte und Rechtsanwälte, Flugschriften verteilt sowie Gelder aufgebracht und konkrete Hilfe an die Mütter in ihren Schwierigkeiten geleistet. Der Großteil der Beratung und Hilfe wurde von der SOS-Gemeinschaft durchgeführt.

Wie der Präsident des Vereins, Univ.-Prof. Dr. Franz Brücke, berichtete, kann die Zahl der jährlichen Abtreibungen in Österreich mit mehr als 100 000 angesetzt werden. Grundlage für diese Schätzung ist eine Erhebung an einer der beiden Universitäts-Frauenkliniken in Wien, wo

bei den 2500 Frauen, die während eines Jahres wegen Schwangerschaft die Klinik aufsuchten, nachgeforscht wurde, was aus dem Kind geworden ist: in 47 Prozent der Fälle endete die Schwangerschaft mit einer Fehlgeburt. Wenn man nun vergleicht mit den ca. 135 000 jährlichen Geburten in Österreich und einrechnet, daß eine gewisse Zahl, etwa ein Sechstel der Fehlgeburten, krankheitsbedingt war, kommt man auf die genannte Zahl von ca. 100 000 (es ist allerdings fraglich, ob die Erhebung an der betreffenden Klinik wirklich einen repräsentativen Querschnitt darstellt: denn einerseits könnte das Bild dadurch verzerrt sein, daß in diese Klinik eine überdurchschnittlich große Zahl schwerer Fälle gebracht wurde mit einer naturgemäß größeren Zahl von Fehlgeburten; andererseits aber werden nicht wenige Abtreibungen so vorgenommen, daß überhaupt keine Klinik aufgesucht wird).

Der Verein will — als eines der nächsten Ziele — dahin wirken, daß eine seit 1945 bestehende Gesetzeslücke ausgefüllt wird: daß nämlich wieder ärztliche Kommissionen errichtet werden, die zu entscheiden haben, ob eine medizinische Indikation vorliegt. 1937 waren solche Kommissionen errichtet, 1945 jedoch abgeschafft worden. Da nach den in Österreich und überall in der Welt geltenden Gesetzen die Schwangerschaftsunterbrechung straflos bleibt, wenn akute oder doch sehr schwere Gefahr für das Leben der Mutter besteht, ist die Praxis vielfach so, daß sich Ärzte zusammentun zu einer Art Team und bewußt falsche Diagnosen stellen, damit der Arzt, der den Eingriff vornimmt, durch ein fachärztliches Gutachten gedeckt ist. Kommissionen aus angesehenen Ärzten würden der gegenwärtigen Praxis einen wirksamen Riegel vorschieben (die Zustimmung zu einer sehr eingeschränkten medizinischen Indikation muß in der heutigen Lage als das kleinere Übel angesehen werden).

Josef Macho, der Leiter der SOS-Gemeinschaft, berichtete über praktische Hilfen und Erfahrungen. Als 1954 parallel zum Verein „Rettet das Leben“ (Geschäftsführer: Dr. Alfred Mikocki) das Referat „Ungeborenenhilfe“ in der SOS-Gemeinschaft errichtet wurde, bemühte man sich gleich um die Gründung eines Mutter-und-Kind-Heimes, damit Mutter und Kind zumindest in den ersten schwierigen Monaten beisammen sein können. Die Mutter geht über Tag auf Arbeit, währenddessen ihr Kind von der Schwester des Heimes betreut wird; sie erhält es abends zurück. Vier Jahre später kam ein zweites Heim hinzu. Derzeit ist man daran, die beiden kleinen Heime durch ein größeres Heim zu ersetzen. Die SOS-Gemeinschaft steht hier nicht allein. So hat die Caritas Socialis ein großes Heim aufgebaut und in kleinere Gruppen gegliedert, um eine Art Familienatmosphäre zu schaffen. Auch die Gemeinde Wien hilft vielen Müttern in ihren Heimen und Adoptionsstellen. Interessanterweise liegt heute das eigentliche Problem weniger bei den ledigen Müttern als bei den verheirateten: es sind schon mehrere Kinder da, so daß das neu zu erwartende als untragbare Last aufgefaßt wird.

Wenn die SOS-Gemeinschaft und der Verein „Rettet das Leben“ eine Zahl von 2600 geretteten Kindern nennt, so ist zu sagen, daß dies mit Sicherheit nur für etwa zwei Drittel der Fälle gilt. In diesen Fällen waren die Mädchen bzw. Frauen fest entschlossen, sich das Kind nehmen zu lassen; sie ließen sich schließlich umstimmen. Beim übrigen Drittel bestanden große Schwierigkeiten, die Abtreibung war als mögliche Lösung der Schwierigkeiten bereits ins Auge gefaßt worden. Viele Mütter hatten schon einmal

die Hilfe der SOS-Gemeinschaft erfahren und wandten sich vertrauensvoll wieder an dieselbe Stelle (es ist klar, daß nie exakt ermittelt werden kann, was geschehen wäre, wenn die SOS-Gemeinschaft nicht eingegriffen hätte). Macho wies auch auf die Notwendigkeit und Schwierigkeit hin, Taufpaten für die Kinder zu finden. Denn viele in unserer Gesellschaft haben keinen Menschen, an den sie sich wenden können, und brauchen die persönliche Hilfe mehr noch als die materielle. Hervorzuheben ist ferner die Beobachtung, daß viele von diesen Müttern in den Heimen irgendwie geschädigte Personen sind und durch die starke Mutter-Kind-Beziehung eine gewisse Gesundung erfahren.

Aus dem Vatikan

Erleichterung des eucharistischen Nüchternheitsgebotes

Angesichts der geänderten Lebensbedingungen hat Papst Paul VI. in der Schlußfeier der Dritten Session des Zweiten Vatikanischen Konzils am 21. November 1964 das Gebot der eucharistischen Nüchternheit wie seine Vorgänger weiterhin gemildert. Nach den neuen Bestimmungen ist der Genuß fester Speisen für Priester und Laien in gleicher Weise bis auf eine Stunde vor der heiligen Kommunion gestattet. Auch der mäßige (servata tamen debita moderatione) Genuß von Alkohol ist bis eine Stunde vor der heiligen Kommunion erlaubt (vgl. „Osservatore Romano“, 4. 12. 64). Kranke dürfen wie bisher nichtalkoholische Getränke und wirklich medizinische Mittel, ob flüssig oder fest, ohne Zeitbeschränkung vor der heiligen Kommunion einnehmen. Wassertrinken verstößt niemals gegen die eucharistische Nüchternheit.

Aus dem Nahen Osten

Syrische Reaktionen auf die Konzils-erklärung über die Juden

Trotz der abgeänderten Form hat der Text der Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen in den arabischen Staaten heftige und selbst gewalttätige Reaktionen ausgelöst. Diese Reaktionen gingen sowohl von den Regierungen als auch von der christlichen und muslimischen Bevölkerung aus, die darin von den Regierungen bestärkt und selbst dazu angehalten wurde. Außer im Libanon, wo man sich um die Erhaltung des Friedens zwischen den Religionsgemeinschaften bemüht, waren die Proteste gegen das Konzil in jedem Fall durch die staatliche Propaganda angeleitet, doch gab es zweifellos auch spontane Reaktionen.

Alle Proteste gingen davon aus, daß die katholische Kirche die Juden rechtfertige und sie von der Schuld des „Gottesmordes“ freispreche, daß also die katholische Kirche die historische Wahrheit und das Evangelium vertrate. Die Konzils-erklärung, hieß es, sei der Erfolg des Druckes, den der internationale Zionismus auf die Konzilsväter ausübe, um so Israel gegen die arabischen Staaten zu unterstützen.

Zu gewalttätigen Ausschreitungen kam es besonders in Syrien, wo sich die Agitation der Muslimischen Bruderschaft auswirkte. In Damaskus kam es zu Studentendemonstrationen, und ein Priester, der Direktor einer katholischen Schule, der sich hierüber kritisch geäußert haben soll, wurde verhaftet und verhört. In Aleppo

detonierten zwei Bomben in christlichen Vierteln, in Lattaquie organisierte am 25. November 1964 der griechisch-orthodoxe Bischof eine Protestkundgebung, auf der auch ein protestantischer Pastor das Wort ergriff. Am 18. November 1964 verbreitete Radio Damaskus einen offiziellen Kommentar zum Konzilstext: Die neue Erklärung würde sich nicht wesentlich von dem alten Dekret über die Juden unterscheiden und könne niemanden täuschen. Die Kirche habe zwanzig Jahrhunderte lang die Juden für den Tod Christi verantwortlich gehalten. Warum ändert sie diese Haltung gerade jetzt, in einem Moment, da sich die Araber in einem Konflikt mit den Juden in Israel befinden, den ungerechten Eindringlingen in Palästina, die eine Million Araber zu Flüchtlingen gemacht haben? Warum hatte die Kirche nicht den Mut, den Juden gegenüber eine tolerante Haltung einzunehmen, als die Nazis Millionen von ihnen verfolgten? Mußte die Kirche sie erst dann rechtfertigen und ihr Lob singen, als sie selber zu Verfolgern der Araber wurden? Dieser unzeitgemäße und inopportune Beschluß des Konzils könne nur einen politischen Hintergedanken verbergen: Er ist der Auftakt zu einer Anerkennung des Staates Israel durch den Vatikan. Das ist gerade so, als wollte das Konzil die Verbrechen der Juden in Israel gegen das arabische Volk segnen. Wenn das Konzil die Juden von der Schuld am Tode Christi freisprechen will, so steht es ihr frei, dies zu tun, niemand dürfte da widersprechen. Aber die arabische Welt muß den Zeitpunkt brandmarken, der dafür gewählt wurde und der doch zeigt, daß hier auch politische Faktoren wirksam wurden. Anstatt die Juden vom Tode Christi freizusprechen, hätte es die Juden der Ermordung und Vertreibung Tausender unschuldiger Araber beschuldigen sollen.

Mit diesen Themen wurde dann die staatlich kontrollierte Presse in Syrien im Sinne des Wortes gegen das Konzil losgelassen, das, wie Judas, Christus verkauft habe, gegen den Papst und gegen den Kardinal Bea. Die Kirche habe Christus ein zweites Mal gekreuzigt, ihn noch einmal verkauft, doch nicht für dreißig Silberlinge, sondern für amerikanische Dollar usw.

In der Folge wurden mehrere hundert Protesttelegramme der Gläubigen an den Papst gesandt, die dann in Presse und Fernsehen veröffentlicht wurden; die arabischen Katholiken hielten es für ihre patriotische Pflicht, noch heftiger zu protestieren als die anderen, da sie sich ihrer Kirche schämten, die sich zu solchen Machenschaften hergäbe. Die Vorstände der katholischen Gemeinschaften in Damaskus sandten ein Telegramm an den Papst, in dem „der Beschluß hinsichtlich der Juden“ bedauert wurde, der „trotz seines religiösen Charakters einige politische Implikationen enthalte, die den Arabern, Christen wie Muslimen, schade. Die christliche Jugend veranstaltet Protestkundgebungen, und wir bitten Eure Heiligkeit, uns dieses Übel zu ersparen.“

Um die Geister ein wenig zu beruhigen, sandte der Patriarch Maximos IV. Saigh ein Telegramm aus Rom, daß die endgültige Abstimmung über die Erklärung bis zur nächsten Konzilssession verschoben worden sei. Der Auxiliar des Patriarchen in Damaskus, Msgr. Pierre-Kamal Medawar, berichtete an das Außenministerium und an den Informationsminister, der ein griechisch-orthodoxer Christ ist, und bat, die Propagandakampagne gegen das Konzil einzustellen, bis autorisierte Erklärungen vorliegen. In diesem Sinne wurde am 22. November 1964 in den katholischen Kirchen von Damas-

kus eine Verlautbarung verlesen, in der die Gläubigen aufgefordert wurden, sich nicht durch Gerüchte, Erklärungen und Kommentare beunruhigen zu lassen. Das Ökumenische Konzil habe noch keine endgültige Entscheidung getroffen, und wie immer es sei, es könne nicht die Rede davon sein, daß die Juden am Blute Christi schuldlos gesprochen wurden, wie man behauptet; dies stehe außer Frage, es gehe nur darum, die Christen dazu anzuhalten, alle Menschen ohne Unterschied der Rasse oder Religion gut zu behandeln, einschließlich der Juden.

Unglücklicherweise verhielten sich die nichtkatholischen christlichen Gemeinschaften sehr wenig ökumenisch und versuchten die Situation zu ihren Gunsten auszunutzen, indem sie sich an der Propaganda gegen das Konzil und die katholische Kirche aktiv beteiligten, um so ihr Prestige auf Kosten der katholischen Kirche zu stärken. Die offiziöse Zeitung „At-Taura“ veröffentlichte am 29. November 1964 ein Kommuniqué des Rates der griechisch-orthodoxen Kirche in Damaskus, in welchem der „Beschluß“ des Konzils als im Widerspruch zur Heiligen Schrift stehend verworfen wird. Der Beschluß sei zu einem Zeitpunkt gefaßt worden, der den Einfluß des Weltzionismus erkennen lasse, der den Glauben der Christen für sich auszunutzen sucht.

Die heftigsten Angriffe kamen vom jakobitischen Patriarchen Ignaz III. Jakob, der einen Beobachter zum Konzil entsandt hatte und der sich als „Patriarch von Antiochien und des ganzen Orients für die orthodoxen Syrer, Titular des ersten Apostolischen Stuhles der Christenheit und Oberhaupt der ganzen orientalischen Kirche“ titulierte. Der Patriarch zitiert alle Texte der Heiligen Schrift, welche seiner Ansicht nach die Schuld der Juden an der Kreuzigung Christi beweisen, und zählt deren geistliche Folgen auf: Verlust des Priestertums, des Heiligen Geistes, der Prophetie, Hinfälligkeit der täglichen Opfer, Verstoßung aus dem Reiche Gottes und Verdammung zur Hölle; und die drei zeitlichen Folgen: Zerstörung des Tempels, Untergang des Königtums und die Ermordung Hunderttausender von ihnen. Und so schließt der Patriarch: „Wenn ihnen Christus vergeben hätte, wie es heute die Katholiken behaupten, warum haben sich die Voraus-sagen Christi wider sie nach seiner Himmelfahrt erfüllt?“ Die Worte des hl. Petrus zitierend, mit denen er den Juden vorwirft, Christus getötet zu haben, wundert sich der Patriarch über die Haltung dessen, „der vorgibt, Nachfolger Petri zu sein“, und verurteilt „diese römische Häresie, die der Wahrheit der Schrift widerspricht und der Lehre der Kirche in allen Zeitaltern“. Nach dem Dogma

der Kirche falle die Schuld an der Kreuzigung Jesu den Juden zu bis zum Ende der Zeiten.

Das Kommuniqué des jakobitischen Patriarchen gab den Anlaß, daß man sich mit dem Problem etwas eingehender befaßte. Der Melkitische Patriarch Maximos IV. Saigh wollte sich in ökumenischer Gesinnung nicht in eine Polemik mit nichtkatholischen Autoritäten einlassen, um so mehr, als jene offenbar unter äußerem Druck handelten. In zahlreichen Interviews für die libanesische Presse (deren Veröffentlichung die kontrollierte syrische Presse ablehnte) erläuterte er den Standpunkt der Kirche in dieser Frage. Er gab zwar zu, daß der Zeitpunkt angesichts der gespannten politischen Situation im Nahen Osten für eine Erklärung über die Juden ungünstig sei, bestätigte aber nachdrücklich, daß der Text des Konzils selber keinerlei politische Bedeutung habe. Er stehe in keinerlei Widerspruch zur Wahrheit des Evangeliums oder der Geschichte, nach der es offensichtlich Juden waren, welche Christus zum Tode verurteilten. Das Konzil wollte nicht zulassen, daß nun unterschiedslos alle Juden persönlich für den Tod Christi verantwortlich gemacht und deshalb gehaßt und verfolgt würden. Der Staat Israel müsse als unrechtmäßiger Angreifer bekämpft werden, nicht aber wegen seiner Religion. Eine Erklärung des Patriarchen, die in allen Kirchen verlesen wurde, trug zur Klärung der Frage bei.

In Syrien hat sich die Situation im Laufe der Tage beruhigt. Anlässlich der Zwischenlandung des Papstes in Beirut am 2. Dezember 1964 entsandte die Regierung sogar eine offizielle Begrüßungsdelegation, die von einem christlichen Minister, Maschur Zeitun, angeführt wurde, der vom Vertrauen der Araber zum Heiligen Vater sprach, der die höchste Zuflucht menschlicher Gerechtigkeit sei, daß den gerechten Klagen der palästinensischen Flüchtlinge Gerechtigkeit widerfahre.

Wenn auch die Auseinandersetzungen wenigstens für den Moment beigelegt sind, so werden sie doch ihre Spuren hinterlassen. Die feindlichen Angriffe haben zwar den Papst nicht erreicht, sie fügten aber der katholischen Bevölkerung im Lande großen Schaden zu. In Jordanien besteht die Gefahr, daß Gläubige die Kirche verlassen, und die nichtkatholischen Gemeinschaften nutzten diese Situation mit unverhüllter Schadenfreude aus. Die arabischen Christen haben den Eindruck, daß das Konzil den Juden um jeden Preis gefallen wollte und am Schicksal der arabischen Christen desinteressiert ist, trotz des großen geistigen Interesses, das die Kirche an der arabischen und muslimischen Welt hat.

Die Stimme des Papstes

Die Weihnachtsbotschaft 1964

Am 22. Dezember 1964 um 20 Uhr richtete Papst Paul VI. an die Gläubigen und an die Völker der ganzen Welt die traditionelle Weihnachtsbotschaft, worin er alle Menschen zur Brüderlichkeit ermahnt. Wir geben hier den Wortlaut der Ansprache nach dem im „Osservatore Romano“ (24. 12. 64) veröffentlichten italienischen Text wieder.

Die Wiederkehr des teuren und bewegenden Weihnachtsfestes, das so menschlich und so heilig und voller Geheimnisse ist, und das unmittelbar darauffolgende neue

bürgerliche Jahr erfüllen Unser Herz mehr noch als Unsere Lippen mit guten Wünschen, Wünschen in Fülle, die Uns im Innersten bewegen für euch alle, die ihr Unsere Stimme hört; für euch, liebe Söhne und Töchter, mit denen Uns derselbe Glaube und die gleiche Liebe in gemeinsamer Freude vereinen und Uns teilnehmen lassen an dem Reichtum der Empfindungen und Gedanken, die vom Weihnachtsgeheimnis ausgehen. Wünsche für euch alle, jeden Alters, aller Länder, aller Weltanschauungen. Wir spüren es heute mehr denn je, daß wir euch Unsere Hoch-